



News | [Schlagzeilen](#) | [Inland](#) | [Ausland](#) | [Vermischtes](#) | [Wirtschaft & Börse](#) | [Wissen & Technik](#) | [Regional](#) | [Brexit](#)

12.09.2016 - 12:15, sda

Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern



Kantone und Gemeinden haben das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut, wie KdK-Präsident Jean-Michel Cina sagte. (Symbolbild)
Bild: KEYSTONE/GAETAN BALLY

6 Bewertungen

Bund und Kantone sehen sich in ihren Bestrebungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, auf Kurs. Am nationalen Spitzentreffen "Fachkräfte Schweiz" in Bern hat es aber auch kritische Stimmen gegeben - vor allem von Vertretern der Sozialpartner.

Nutzen Sie Bluewin auch unterwegs

Mehr aus dem Ressort



Zuwanderung
Unternehmen
droht Ausschluss
vom Markt



MEI
EU-Mitgliedstaaten
kritisieren die
Schweiz



Entwicklungshilfe
Ständerat
debattiert über
Entwicklungshilfe

Testen Sie die kostenlose App für
Ihr Telefon oder Tablet



Unter der Leitung von Bundespräsident Johann Schneider-Ammann tauschten sich am Montag die Spitzen der interkantonalen Konferenzen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus. Das Fazit: Die Meinungen gehen teils weit auseinander.

Mehr Kinderbetreuungsplätze geschaffen

Der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Jean-Michel Cina, betonte gemäss Communiqué des Eidg. Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), die Kantone machten schon sehr viel zur Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Um Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, hätten die Kantone und Gemeinden das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut.

WERBUNG

Mehr erfahren



inRead invented by Teads

Dieser Ausbau habe gleichzeitig aber auch einen Mehrbedarf an Fachkräften in der Kinderbetreuung ausgelöst. Deshalb wollten sich die Kantone auch in Zukunft weiter für eine bedarfsgerechte, qualitativ gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung einsetzen.

Weitere Lösungen in Arbeit

Der Bund und mit ihm Wirtschaftsminister Schneider-Ammann sehen sich mit der kürzlich verabschiedeten Botschaft zur zusätzlichen Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung auf Kurs. Mit den vorgesehenen Finanzhilfen von insgesamt 100 Millionen Franken sollen jene Kantone und Gemeinden unterstützt werden, die ihre Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung mit dem Ziel erhöhen, die Kosten für die Eltern zu senken.

Weitere Verbesserungen erhofft sich der Bundesrat von der in Auftrag gegebenen Botschaft zur Beseitigung der "Heiratsstrafe" bei der direkten Bundessteuer. Damit sollen auch negative finanzielle Erwerbsanreize abgebaut werden.

Weiter unterstützt der Bund laut eigenen Angaben ab 2017 verstärkt Projekte mit Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz, die insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Unternehmen fördern. Die Bundesverwaltung gehe mit gutem Beispiel voraus.

Gewerbeverband tritt auf die Bremse

Für den Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiger Schlüssel zur noch besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. SAV-Präsident Valentin Vogt forderte die Politik auf, das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderdrittbetreuungskosten zu verbessern.

Aus Sicht des Schweizerischen Gewerbeverbandes (sgv) braucht es dagegen keine neuen Konzepte zur verstärkten Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vielmehr gehe es um die Konsolidierung der heutigen Situation.

Unzufriedene Arbeitnehmer

Demgegenüber verlangt der Arbeitnehmerverband Travail.Suisse vermehrt Anstrengungen im Bereich der Vereinbarkeit: nämlich mehr Geld, mehr Infrastruktur und mehr Zeit - zum Beispiel mit einem bezahlten und flexiblen Vaterschaftsurlaub.

Auch für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) bestehen weiterhin grosse Herausforderungen. Die bisher beschlossenen und umgesetzten Massnahmen gehen für den SGB zwar in die richtige Richtung, aber es bleibe noch viel zu tun, damit die angestrebten Ziele auch wirklich erreicht würden.

Insbesondere brauche es Investitionen in familienergänzende Betreuungsstrukturen und verbesserte Arbeitsbedingungen, um qualifizierte Arbeitskräfte zu finden und im Beruf zu halten. Steuersenkungen für Gutverdiener unter dem irreführenden Begriff der "Heiratsstrafe" seien kontraproduktiv.

[Zurück zur Startseite](#)



Teilen



Teilen



Teilen



Weiterleiten

Tags: [Wirtschaft & Finanzen](#) [News](#) [Vermischtes](#) [Buntes](#)

[Wirtschaft & Börse](#) [Inland](#)

Weitere Artikel